

Rückendeckung für Asselborn

DP, LSAP, Déi Gréng und CSV sprechen sich in gemeinsamer Motion für CETA aus – Déi Lénk und ADR bleiben bei Protest

VON STEVE BISSEN

Das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen steht zurzeit auf der Kippe, nachdem das wallonische Parlament seine Zustimmung zu CETA verweigert hat. Gestern bezogen Außenminister Jean Asselborn und die Parlamentarier nochmals Stellung zum umstrittenen Abkommen.

Nachdem beim Treffen der EU-Handelsminister am vergangenen Dienstag in Luxemburg keine Einigung über CETA aufgrund des wallonischen Vetos erzielt werden konnte, stand Außenminister Jean Asselborn gestern der Chamber Rede und Antwort. Die Erklärung von Asselborn in der Abgeordnetenkammer glich einem Plädoyer für das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen. Asselborn war sichtlich bemüht, die Sorgen und Ängste der CETA-Kritiker zu zerstreuen.

Mittlerweile seien alle kritischen Punkte aus dem Weg geräumt und den Bedenken der Zivilgesellschaft Rechnung getragen worden, so der Minister: keine privaten Schiedsgerichte, keine Absenkung von Umwelt-, Sozial und Verbraucherschutzstandards, kein Zwang zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, kein Klagerecht für kanadische Briefkastenfirmen gegen europäische Staaten, das Recht der Staaten, Gesetze zu erlassen, werde respektiert und das in der EU gültige Vorsorgeprinzip nicht angetastet.

In diesem Zusammenhang unterstrich Asselborn, dass die in den Zusatzprotokollen festgehaltenen Bestimmungen „rechtsverbindlichen Charakter“ haben. Des Weiteren würden ausländische Investoren nicht bevorzugt und hätten auch kein Klagerecht gegenüber europäischen Staaten, wenn deren Gesetze zu Einnahmeeinbußen der Unter-

nehmen führen würden. Hinzu komme, dass sämtliche Importe den EU-Normen entsprechen müssten.

Außerdem sei den vom deutschen Bundesverfassungsgericht angemahnten Auflagen Rechnung getragen worden. Wenn aber von einzelnen Staaten noch Klarstellungen erwünscht seien, würde Luxemburg dies unterstützen. „Verbesserungen und Anpassungen sind noch immer möglich“, unterstrich der Außenminister in seiner Rede.

Das CETA-Abkommen ist für Asselborn die „Referenz für jedes weitere Freihandelsabkommen“ – ein „Freihandelsvertrag der neuen Generation“ – und habe die Messlatte für künftige Handelsabkommen hoch gelegt. Die im Abkommen ausgehandelten Standards könnten in Zukunft nicht mehr unterschritten werden, meint Asselborn.

Außerdem müsse man sich die Frage stellen, mit welchem Land die EU überhaupt noch ein Freihandelsabkommen abschließen könne, wenn nicht mit Kanada. „Wir sind auf strategische Partner wie Kanada angewiesen, um einen starken Rahmen zu schaffen, der die Globalisierung in die richtigen Bahnen lenkt“, betonte Asselborn. „Entweder wir bestimmen mit oder wir sehen zu, wie andere über uns bestimmen.“

DP, LSAP, Déi Gréng und CSV bringen gemeinsame Motion ein

Dies sieht auch der CSV-Abgeordnete Laurent Mosar so, der dem nordamerikanischen Land ein mit der EU „vergleichbares Wirtschafts- und Sozialmodell“ bescheinigt. „Kein Land außerhalb der EU ist Europa so nah wie Kanada“, betonte Mosar. Die anfänglichen Bedenken hinsichtlich einer Gefahr für europäische Sozial- und Umweltstandards sowie der Einführung privater Schiedsgerichte seien mittlerweile aus dem Weg geräumt wor-



Außenminister Jean Asselborn versuchte in seiner gestrigen Rede die Bedenken der CETA-Kritiker zu zerstreuen und verwies auf die zahlreichen Verbesserungen und Klarstellungen in den Zusatzprotokollen. (FOTO: GUY JALLAY)

den. „Um Globalisierung zu gestalten, brauchen wir Handelsabkommen wie CETA, die einen freien und fairen Handel garantieren.“

Die Regierungsparteien LSAP und DP argumentieren ähnlich. „Der Text, der heute vorliegt, ist nicht mehr der von vor zwei Jahren“, sagte Marc Angel (LSAP). Die von der LSAP angemahnten Verbesserungen – Unabhängigkeit der Richter, kein Privatisierungszwang für öf-

fentliche Dienstleistungen und der Respekt des Vorsorgeprinzips – seien mittlerweile Teil des Abkommens geworden. Die Zusatzprotokolle hätten für „mehr Klarheit“ gesorgt, was nicht zuletzt einer „kritischen und konstruktiven“ Begleitung der LSAP und dem vom Straßenprotest ausgehenden „Rückenwind für die Politik“ zu verdanken sei. In den Augen der Liberalen ist „das bisher beste Freihandelsab-

kommen“ CETA ebenfalls unterschrittsreif, denn „das Abkommen ist eine Chance für die europäische und luxemburgische Wirtschaft“. Allerdings sei der „Ausgang zurzeit ungewiss“, so der DP-Abgeordnete Gustav Graas. Kritische Punkte, wie die Einführung privater Schiedsgerichte seien mittlerweile vom Tisch. Ein Nicht-Zustandekommen von CETA wäre „eine Blamage für die EU“, so Graas.

DP, LSAP, CSV und Déi Gréng brachten gemeinsam eine Motion ein, in der sie sich einverstanden erklärten, dass die Regierung CETA zustimmt. In der Motion heißt es u. a., dass CETA als „Modell für Freihandelsabkommen“ anzusehen ist und das Vorsorgeprinzip sowie der rechtsverbindliche Charakter der Zusatzprotokolle respektiert werden müssen.

Die Grünen befinden sich weiterhin in der Zwickmühle

Nicht ganz so klar positionierten sich die Grünen. Einerseits unterstützen sie die Protestbewegung gegen CETA. Andererseits sind sie Teil der Regierung, die sich in der Person von Jean Asselborn eindeutig für CETA ausgesprochen hat. Letztlich trugen Déi Gréng aber trotz Bedenken die Motion mit, die sich für CETA ausspricht.

Entsprechend schwer tat sich der grüne Abgeordnete Claude Adam, um die Position seiner Partei darzulegen: „Wir haben nicht einfach Nein gesagt, sondern haben konstruktiv mitgearbeitet.“ Die Grünen hätten sich nicht aus der Verantwortung gestohlen und dies werde man auch weiterhin nicht tun. Aber: „Trotz vieler Verbesserungen, hätten wir uns ein anderes Abkommen gewünscht.“ Noch immer seien viele Punkte nicht hinreichend geklärt und weitere Verbesserungen notwendig. Adam zeigte sich aber optimistisch, dass noch weitere Verbesserungen möglich sind.

Déi Lénk bleiben bei ihrer Fundamentalkritik. Für sie ist CETA neoliberales Teufelszeug, da können auch alle Verbesserungen und Ergänzungen mittels Zusatzprotokollen nichts ausrichten. Die ADR stört sich dagegen vor allem daran, dass der Vertragstext zu CETA nicht integral, sondern nur in Teilen den nationalen Parlamenten zur Abstimmung vorgelegt werden soll.

Alternative gebe es etliche Beispiele, etwa den latenten Trend zu direkter Demokratie, lokaler Governance und sogenannten „zero-waste-communities“ – also Gemeinden, die auf niedrigster Ebene ein sozial und ökologisch nachhaltiges Zusammenleben organisieren.

Luxemburg als Teil der Lösung

In diesem Zusammenhang machte der selbst ernannte Kritiker der „Finanzglobalisierung“ auch Parallelen zwischen Indien und Luxemburg aus. „Biekerech“, sagt Kothari. Er habe während seines Aufenthalts in Luxemburg das Glück gehabt, das „alternative Wirtschaftsmodell“ in Beckerich bzw. im Kanton Redingen kennenzulernen. „Biekerech“ sei für ihn ein Modell für Dezentralisierung und Energieautonomie.

Vor allem habe ihn aber der „Beki“ als politisch geförderte Regionalwährung fasziniert. Die Luxemburger würden mit der „Demonstrarisierung des Handels“, wenn auch nur in einem kleinen Teil des Landes, an der „Wurzel des Übels“ ansetzen. Er werde „Biekerech“ und den „Beki“ jedenfalls in seine Liste der Vorbilder für seine radikal-ökologische Revolution aufnehmen und bei seinen kommenden Vorträgen in der ganzen Welt aus Überzeugung als solches betonen. CBU



Die Redinger Regionalwährung „Beki“ setze an der „Wurzel des Übels“ der Globalisierung an, sagt der Soziologe Ashish Kothari. (FOTO: NICO MULLER)

Der „Beki“ als Vorbild für die Weltrevolution

Indischer Soziologe stellte sein Konzept einer „radikalen ökologischen Revolution“ vor

Armut, Umweltzerstörung, bedrohte indigene Völker, verschuldete Kleinbauern: Laut Ashish Kothari sind dies alles Folgen eines übergreifenden Problems. „Unser Wirtschaftssystem trägt die Förderung von Ungleichheit und Unnachhaltigkeit in sich“, sagt der indische Soziologe, der am Dienstagabend auf einer Konferenz von Mouvement Ecologique und Aide à l'Enfance de l'Inde in Limpertsberg sprach. Seine These veranschaulichte er anhand von etlichen Beispielen aus seinem Heimatland.

Die Kehrseite der Globalisierung

Indiens Weg zur freien, weltoffenen Marktwirtschaft habe zwar für einen Teil des Volkes zu mehr Wohlstand geführt. Der Großteil der Bevölkerung sei von der wirtschaftlichen Entwicklung jedoch weiterhin ausgeschlossen. Je nach Definition würden 40 bis 70 Prozent der Inder in Armut leben, sagt Kothari. Er bevorzuge dabei die Definition, wonach Armut der Verweigerung des Zugangs zu grundlegenden humanitären Bedürfnissen gleichkomme. In diesem Fall müsse man die Ar-

mutquote bei „über zwei Drittel des Volkes“ anlegen.

Hinzu kommen laut Kothari die Auswirkungen des Wachstums auf die Umwelt. Indiens beeindruckende Biodiversität würde darunter ebenso leiden wie die Lebensräume der nach wie vor mehrheitlich in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung des 1,2-Milliarden-Einwohner-Staates. Über 60 Millionen Menschen seien in den vergangenen zwei Jahrzehnten umgesiedelt worden. Viele Millionen Inder, die nach wie vor von der lokalen landwirtschaftlichen Produktion abhängig sind, seien entweder verschuldet oder bereits in die Städte ausgewandert. Das Ergebnis sei die „Verwüstung“ weiterer Teile des Landes, das als siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt gilt.

All dies seien keine neuen Erkenntnisse, sagt der Umweltakti-

Der indische Soziologe und Umweltaktivist Ashish Kothari war auf Einladung des Mouvement écologique und Aide à l'Enfance de l'Inde in Luxemburg. (FOTO: AED)



„Gefährdung des Petitionsrechts“

Petitionsausschuss verwirft zwei Petitionen wegen mangelnder Ernsthaftigkeit

Gestern hat der Petitionsausschuss sechs neue Petitionen angenommen: strikte Einhaltung des Nachtflugverbots (704), Referendum über die Einführung einer Maut für Nicht-Gebietsansässige auf Luxemburger Landstraßen und Autobahnen (723), Nein zur Einführung des Luxemburgischen als erste Amtssprache (725). Der Autor vertritt die Meinung, dass Luxemburg seit je-

her auf Zuwanderung angewiesen sei und weiterhin ein offenes Land bleiben müsse.

Bei der Petition 726 fordert der Autor die Kostenrückerstattung im Falle einer Thyreoidektomie (Entfernung der Schilddrüse) mittels eines neuen operativen Verfahrens (thermoablation). Der LCGJ, die Jugendorganisation des LCGB, fordert den kostenlosen öffentlichen

Transport für Studenten (728). Die Eingabe 730 fordert, genau wie die einfache Petition 729 (pétition ordinaire), steuerliche Erleichterungen für Alleinerziehende.

Zwei Petitionen (720 und 721) wurden wegen mangelnder Ernsthaftigkeit verworfen. Die erste verlangte die Einführung des Luxemburgischen als offizielle Radiosprache und die Übersetzung und das

Govern von englischsprachigen Hits ins Luxemburgische. Der Autor der zweiten Eingabe möchte, dass das auf dem „Code Napoléon“ basierende Zivilgesetzbuch zugunsten eines „Code Jang de Blannen“ abgeschafft wird. „Wir können nicht zulassen, dass das Petitionsrecht unter unseriösen Eingaben leidet“, so der Ausschussvorsitzende Marco Schank. mig

Verkaufsoffener SONNTAG

in Geichlingen 23. Oktober - 13-18 Uhr

Jetzt noch starke Messe-Angebote bei THIEX nutzen!

Samstag
22. Oktober
9-18 Uhr

Miele
Koch-Vorführung
mit Showkoch Alexander Maus

Verkaufsoffener Sonntag
23. Oktober
13-18 Uhr

SEVERIN Präsentation
Kaffee & Kuchen
Zirkus-Workshop & Stelzentheater

THIEX

Möbel für mich gemacht

ÖFFNUNGSZEITEN:
Montag - Samstag
von 9 - 18 Uhr.
Jeden Dienstag und
Donnerstag bis 20 Uhr.

Möbelhaus Thix GmbH
Hauptstraße 32
D-54675 GEICHLINGEN
Tel. +49(0)6566/9670-0
www.thiex.de